



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

05. Januar 2018

Wochenbericht KW 1

forsa | Emnid | GMS | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 34 % und 32 %, SPD zwischen 21 % und 19 %
Wirtschaft:	Erwartungen eher pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigste Themen:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	GMS²	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	34 (+1)	33 (-)	32 (-)	33 (+1)
SPD	19 (-1)	20 (-1)	20 (-1)	21 (-)
FDP	8 (-)	9 (+1)	9 (-1)	9 (-)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	10 (-)	9 (-1)
B'90/Grüne	12 (-)	12 (+1)	11 (+1)	11 (-)
AfD	12 (-)	12 (-)	14 (+1)	13 (-)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	4 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	18.-27.12.	21.12.-03.01.	27.12.-02.01.	02.-03.01.

Die Union liegt bei forsa 15 (+2), bei Emnid 13 (+1), bei GMS 12 (+1) und bei infratest dimap 12 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die AfD liegt bei GMS bei 14 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit März 2016.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	47 (-1)
Schulz	19 (-2)
keinen von beiden	34 (+3)
Erhebungszeitraum	18.-27.12.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 28 (+1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

91 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 59 % (-3) für Schulz und 19 % (-) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (07.01.2018)

² im Vergleich zur KW 49/2017

³ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 49/2017

Problemlösungskompetenz

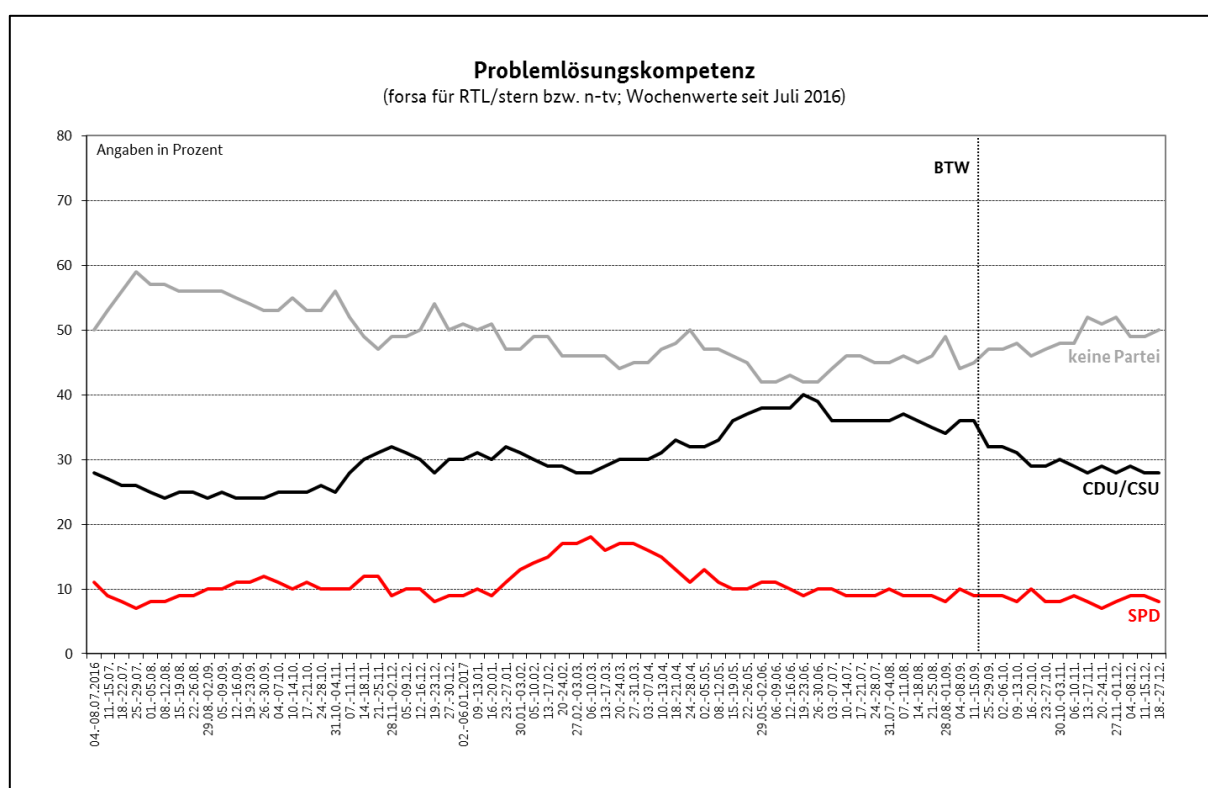
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	28	(-)
SPD	8	(-1)
sonstige Parteien	14	(-)
keine Partei	50	(+1)
Erhebungszeitraum	18.-27.12.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Jeder Zweite (+1) traut die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

66 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 38 % (+3) von ihrer Partei.



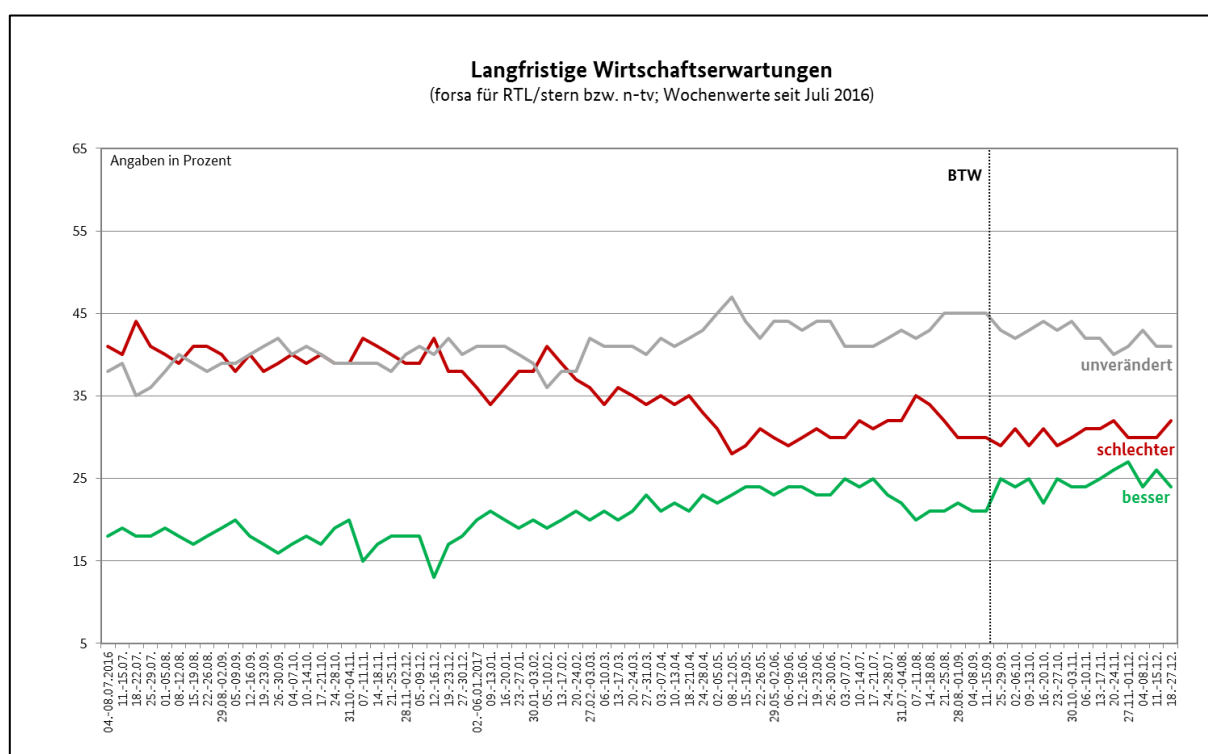
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	24	(-2)
schlechter	32	(+2)
unverändert	41	(-)
Erhebungszeitraum	18.-27.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 8 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 49

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-)
große	47	(+2)
wenig	33	(-1)
keine	8	(-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.12.	

Anhänger der AfD (65 %) und der Linkspartei (64 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (70 % zu 48 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (64 % zu 50 %).

Geringverdiener (46 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 49

	forsa für BPA	
Asien, Nordkorea	22	(-6)
USA	18	(+4)
Naher Osten, arabische Länder	13	(+6)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-1)
Krieg/Terrorismus allgemein	8	(-)
Syrien	5	(-)
IS, ISIS	5	(+1)
Russland	5	(-)
Erhebungszeitraum	18.-22.12.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Ostdeutsche (27 %) und Anhänger der FDP (29 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 49

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	37	(+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-1)
Deutschland tut bereits genug	52	(-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.12.	

Gutverdiener (43 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der Grünen (53 %), der SPD und der Linkspartei (jew. 47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (23 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (60 %) und Anhänger der Union (59 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 49

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	35	(+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	44	(-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.12.	

Ostdeutsche (46 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (42 %) und 30- bis 44-Jährige (41 %) sowie Anhänger der AfD (64 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (38 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (49 %) sowie Anhänger der Union (56 %), der SPD und der Grünen (jew. 51 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	23 (+6)
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	22 (-11)
Atomprogramm Nordkorea, aktueller Konflikt	6 (+6)
Innere Sicherheit, Kriminalität, Bekämpfung Terrorismus	4 (+1)
US-Präsidentschaft Donald Trump	4 (-2)
Proteste im Iran	4 (neu)
Silvesternacht/Angriffe auf Einsatzkräfte	4 (neu)
Erhebungszeitraum	02.-03.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" und mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung.

Anhänger der AfD (53 %), der FDP (30 %) und der SPD (28 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig.

Anhängern der Grünen (36 %) nennen die Koalitionsverhandlungen bzw. die Regierungsbildung überdurchschnittlich oft. Über 65-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 35-Jährige (26 % zu 14 %).

